

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune Bayern: Nachhaltigkeit hat viele Gesichter

Jahresversammlung in Nürnberg – Resolution verabschiedet

GZ-06-2011; Freitag, 18. März 2011

Rund 45 Kommunen haben sich zum Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune Bayern zusammengeschlossen. Sie teilen die Ansicht, dass Kommunen heute neue Wege öffnen müssen, um Bürgerinnen und Bürger in ihrer Mitverantwortung und Mitbestimmung ernst zu nehmen. Nicht nur „Stuttgart 21“, sondern auch viele Bürgerbegehren in Bayern zeigen, wie wichtig und aktuell diese Forderung ist.

Im Rahmen ihrer Jahresversammlung in Nürnberg führte zunächst Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags in das Themenfeld „nachhaltige kommunale Entwicklung“ ein.

Beispiel Österreich

Bürgermeister Georg Moosbrugger sprach über die Kultur der Nachhaltigkeit seiner österreichischen Gemeinde Langenegg, die 2010 mit dem Europäischen Dorferneuerungspreis ausgezeichnet wurde. Dr. Klaus Zeitler von SIREG (Sozialwissenschaftliches Institut für regionale Entwicklung) zeigte wiederum auf, wie sich kleine Kommunen ein Bild über den örtlichen demografischen Wandel verschaffen können.

Zukunft des Netzwerks

Dr. Bernd Witzmann, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, und Danielle Rodarius vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern berichteten schließlich über den aktuellen Stand und die Zukunft des Netzwerks Nachhaltige Bürgerkommune Bayern.

Wissensgemeinschaft

Ob gelungene Verfahren der Bürgerbeteiligung, hervorragende Energiesparkonzepte, interessante Modellvorhaben zur Stärkung des Zusammenlebens der Generationen, wertvolle Erfahrungen mit der ökologischen Landwirtschaft oder nachahmenswerte Wege der Aktivierung des Ehrenamtes: Das Netzwerk bildet eine Wissensgemeinschaft, die auf interkommunalen Erfahrungsaustausch setzt, hob der Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Dr. Thomas Röbbke, hervor.

Wachsendes Misstrauen

Vor dem Hintergrund, dass im Alltag immer mehr Menschen mit der Demokratie einverstanden sind, aber die demokratischen Institutionen mit wachsendem Misstrauen betrachtet werden und zudem eine größer werdende Minderheit am politischen Geschehen völlig desinteressiert sei, gilt es nach Röbbkes Überzeugung „in dieser Situation Wege aufzuzeigen, wie aus dem ganz selbstverständlichen demokratischen Verhalten, aus dem vielfältig vorhandenen Bürgerschaftlichen Engagement, nachhaltige politische Beteiligung und Mitverantwortung wachsen kann, die über die episodische Beteiligung in einer Bürgerinitiative hinausreicht“.

Wissensnetzwerk und starke Partner

Um dieses Wissensnetzwerk in Gang zu setzen, sei bereits einiges an Aufbauarbeit geschehen. So verfüge man Röbbke zufolge mit der SDL in Plankstetten über einen kompetenten Partner für interessante Fortbildungen, die den Netzwerkpartnern angeboten werden. Neben dem Sozialwissenschaftlichen Institut für regionale Entwicklung habe man mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit auch einen staatlichen Partner an der Seite, durch den das

Netzwerk nicht nur finanziell gefördert wird, sondern der auch wichtiger Mitdiskutant auf Augenhöhe ist.

Über unschätzbare Know-how verfüge schließlich der Bayerische Gemeindetag als kommunaler Spitzenverband.

Gütesiegel von Söder

Danielle Rodarius vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern verwies ihrerseits auf einen besonderen Termin: Am 12. April werden die Mitgliedskommunen der ersten Projektphase aus den Händen von Umweltminister Dr. Markus Söder das Gütesiegel Nachhaltige Bürgerkommune verliehen bekommen.

Vier Qualifizierungsformate

Rodarius nannte vier Qualifizierungsformate, die den Kommunen, die sich im Netzwerk beteiligen, die Möglichkeit geben, ihre kommunalpolitischen Vertreter, Mitarbeiter der Verwaltung sowie interessierte Bürger für die Zusammenarbeit vor Ort zu sensibilisieren. Zentraler Baustein im Qualifizierungsangebot des Netzwerks sei ein Halbjahresprogramm, das auch auf der Projekthomepage zu finden ist. Es biete Seminare zu verschiedenen Themenfeldern an, wie z. B. Nahversorgung, Recht und Ehrenamt, Moderation in der Gemeindeentwicklung. Die Teilnahme an diesen Seminaren ist in der Regel für Mitgliedskommunen beitragsfrei oder stark kostenreduziert.

Seminarliste und Fördermöglichkeiten

Zusätzlich zu diesem festen Programm steht laut Rodarius eine Liste mit buchbaren Seminarangeboten zur Verfügung, die Mitgliedskommunen bei sich vor Ort durchführen können. So besteht die Chance, mehr lokale Akteure einzubeziehen. Auch diese Angebote können finanziell gefördert werden. Falls ein Thema unter den Nägeln brennt, das sich bisher nicht im Angebot befindet, unterstützt das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune Bayern die Kommunen auch bei der Referentensuche.

Voneinander lernen

„Voneinander lernen“ - auf dieses Motto wird im Sinne des Wissensnetzwerks besonderer Wert gelegt. Es sei, so Rodarius, jederzeit möglich, dass Mitgliedsgemeinden Vertreter aus anderen Netzwerk-Kommunen zu sich einladen oder Exkursionen in andere Netzwerk-Gemeinden durchführen, um sich durch gute Beispiele anregen zu lassen. Die Netzwerksteuerung helfe bei der Vermittlung entsprechender Kontakte.

Nürnberger Erklärung

Zum Abschluss wandten sich die Netzwerk-Kommunen mit einer Nürnberger Erklärung, in der Eckpunkte für eine nachhaltige Politik in Bayern verabschiedet wurden, an Minister-präsident Seehofer. Darin heißt es u. a.: „Die Kommunen brauchen in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe, denn sie können ihren Verfassungsauftrag nur dann erfüllen, wenn eigenständiges Handeln möglich ist...

Konkret benötigen wir:

- Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch stabile Rahmenbedingungen und dauerhaft finanzierte bürgernahe Anlaufstellen,
- eine an den Leitzielen der nachhaltigen Bürgerkommune orientierte kommunale Leitbildentwicklung,
- Strukturen, die eine verantwortliche Mitsprache und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten,

- einen möglichst großen kommunalen Gestaltungsspielraum, der langfristig unsere Selbstständigkeit sicherstellt und am Prinzip der Konnexität ausgerichtet ist,
- eine gesicherte, transparente und nachhaltige Haushaltsführung,
- starke regionale Wirtschaftskreisläufe in allen Regionen Bayerns,
- effizientes und effektives kommunales Energiemanagement,
- "Haltefaktoren" wie z. B. ausreichend Bildungsangebote für Jung und Alt oder kleinräumige Nahversorgungseinrichtungen, um den demographischen Wandel vor Ort aktiv gestalten zu können,
- interkommunalen Austausch, um auch über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen.“

Der Staat müsse die Gemeinden als verlässlicher Partner auf dem Weg zur Bürgerkommune aktiv begleiten. Auch sei es seine Aufgabe, den ländlichen Raum gezielt und aktiv zu unterstützen.

Dazu gehören:

- Maßnahmen zum Erhalt und zur Ansiedlungen von Arbeitsplätzen in allen Regionen,
- Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Gemeinden auch im ländlichen Raum,
- die eindeutige Aussage des Staates, dass der ländliche Raum neben den städtischen Regionen einen eigenständigen Wert und eigene Entwicklungsmöglichkeiten besitzt - das Prinzip der gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse darf keine Wort-hülse sein,
- die ressortübergreifende Bündelung der Aufgaben für den ländlichen Raum,
- die Förderung geeigneter Rahmenbedingungen für die Stärkung sozialer Netzwerke und des bürgerschaftlichen Engagements im kommunalen Bereich.

In diesem Zusammenhang fordern die Mitgliedskommunen ausdrücklich, dem auf Initiative des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit entstandenen Netzwerk „Nachhaltige Bürgerkommune“ eine dauerhafte Zukunft zu geben.

Informationen über Ziele, Struktur und Ansprechpartner des Netzwerks gibt es unter www.nachhaltige-buergerkommune.de.

Doris Kirchner

GZ-06-2011